

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 3 (1800-1801)

Rubrik: Gesetzgebender Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Mittwoch, den 11 Merz 1801. Viertes Quartal.

Den 20 Ventose IX.

Gesetzgebender Rath, 13. Febr.

(Fortsetzung.)

Folgende Botschaft wird verlesen und an die Criminalgesetzkommision gewiesen:

B. Gesetzgeber! Heinrich Hauenslein von Lägerfelden im Canton Argau, ist den 29. Okt. 1800 von dem Distriktsgericht zu Brugg, wegen zu nächtllicher Zeit begangenen Diebstahl von Esivaaren und andern Sachen von geringem Werthe, zu einer anderthalbjährigen Gefängnisstraffe verurtheilt worden. Dieser junge Mensch von 22 Jahren schien dem Volkz. Rath einiger mildernden Rücksicht würdig. Es ergiebt sich aus der Prozedur wie aus der Sentenz selbst, daß er durch schlechte Gesellschaft zu dieser sträflichen Handlung verleitet worden; daß die entwendten Gegenstände von geringem Werth sind, und daß er betrunken war, als er diesen Diebstahl begangen. Der öffentliche Ankläger, der verpflichtet war, seine Schlüsse laut dem Gesetz zu ziehen, äusserte selbst darin seinen Wunsch, daß die Regierung möchte Gnade wiederfahren lassen. Das Gericht endlich, durch die Billigkeitsgründe zu Gunsten dieses jungen Menschen gerührt, hat denselben ebenfalls anempfohlen. Der Volkz. Rath macht Ihnen B. G. demnach den Vorschlag, die Straffe des Heinrich Hauenslein in eine Eingränzung in seine Gemeinde auf gleiche Zeit unter der Aufsicht der Ortsobrigkeit abzuändern.

Folgende Botschaft wird verlesen und an die Finanzkommision gewiesen:

B. Gesetzgeber! Sie empfangen inliegend die Verbalprozesse sowohl von den in den Distrikten Aarau, Solingen, Lenzburg und Brugg, Cantons Argau, als in dem Distrikt Sarmenstorf, Cantons Baden, abgehaltenen Versteigerungen der dortigen Nationalgüter.

Die Verwaltungskammern und der Finanzminister schlagen, letzterer auch den Verkauf des Nationalguts in der s. g. grossen Rütt Distr. Zofingen; deren Ratifikation vor; und der Volkz. Rath, indem er ihren Vorschlag unterstützt, ladet Sie ein B. G., dieselben wirklich zu ratificiren.

Folgende Botschaft wird verlesen und an die Finanzkommision gewiesen:

B. Gesetzgeber! Von den zahlreichen Creditoren des ehemaligen Stifts St. Gallen, ward mit Ungestüm auf beschleunigte Abbezahlung einer Summe von ungefehr 254000 Fr. gedrungen, welche noch einen kleinen Theil des Passivstatus dieses Klosters ausmachen.

In Erwägung des Nachtheils, der dermal mit einer so beträchtlichen Güterveräußerung in jener Gegend verbunden wäre, hat man diese Drangforderungen auf das allerdürftigste herabgesetzt, und es findet sich, daß eine Bezahlung von 56983 Fr. unverschieblich gemacht werden muß, und nur durch einen Verkauf St. Gallischer Güter erhoben werden kann, indem die Umstände der Geistlichkeit jenes Cantons es durchaus nicht zulassen, die Grundzinse anders als auf ihre Unterstützung zu verwenden; und die Revenüen von St. Gallen sind durch den Verlust der Feodalrechte und den Militärdruck so sehr herabgekommen, daß die Kammer bey den häufigen Truppendurchzügen und Verlegungen in eiserne Nothwendigkeit versetzt war, auf alle in ihrer Hand liegenden Mittel zu greifen, so, daß ausser dem erwähnten Verkaufe keine andere mögliche und gerechte Hilfsquelle angegeben werden kann.

Der Volkz. Rath legt Ihnen daher B. G. ein Schätzungstableau von beschwerlichen Häusern und andern kleinen Besizungen der Abten St. Gallen vor, welche so beschaffen sind, daß sie in Rücksicht auf kostspieligen Unterhalt, schlechte Rentierung und anschei-

nende Verkäuflichkeit zum wesentlichen Vortheil des Staats veräußert werden mögen.

Der Vollz. Rath muß Sie aber um die doppelte Bevollmächtigung ansuchen, dieselben gesetzlich versteigern zu lassen, und zugleich solche Zahlungsstermine bestimmen zu dürfen, welche den Bedürfnissen angemessen seyen, zu deren Hebung der Verkauf geschehen muß.

Auf einen Bericht und Antrag der Polizeicommission wird folgende Botschaft an den Vollz. Rath erlassen:

B. Vollz. Räte! Der gesetzg. Rath, nach Berlesung der Bittschriften des B. Peter Adam von Oberdorf Cant. Solothurn, vom 27. Jenner 1801, und der 4 Gemeinden Oberdorf, Bellach, Comiswyl und Rütmen vom 25. Jenner 1801, wodurch sie um Aufhebung Ihres Beschlusses vom 15. Jenner 1801 ansuchen, der die Bewilligung der Verm. Kammer vom Canton Solothurn vom 20. Sept. 1800 zu Errichtung einer Mahlmühle auf dem Gut des B. Peter Adam zurücknimmt, hat auf den Bericht seiner Polizeigesetzcommission beschlossen: Sie B. V. R. einzuladen, dem G. R. einen Bericht über die Gründe Ihres Beschlusses vom 15. Jenner 1801 mitzutheilen, welchen derselbe mit möglichster Beschleunigung zu erhalten wünscht.

Die Finanzcommission erstattet einen Bericht über die zu ratificierenden Verkäufe von Nationalgütern im Canton Solothurn, der für 3 Tage auf den Kanzleyisch gelegt wird.

Die abgehenden Secretärs erstatten einen befriedigenden Bericht über den Zustand der Kanzley im verflossenen Monat.

Die Petitionencommission trägt folgende Gegenstände vor:

1. Die Municipalität der Gemeinde Mogelsperg im Canton Sentis bittet aus triftig scheinenden Gründen, daß sie, die in den Distrikt Flohwyl und den Distrikt Richtensteig eingetheilt ist, in einen einzigen Distrikt vereinigt werden möchte. An die Constitutionscommission gewiesen.

2. Verschiedene Partikulare der Gemeinde Biltzen und Kirenzen bitten neuerdings um Beschleunigung des Gesetzes, das Besteuerungsrecht der Municipalitäten und Generalversammlungen betreffend, oder aber um Verweisung ihrer Zwistigkeit an den ordentlichen Richter, damit dieselbe nach bestehenden alten Ordnungen und Uebungen beurtheilt werde. An die Municipalitätscommission gewiesen, um in 14 Tagen ein Gutachten vorzulegen.

3. B. Isak Coyeytaux von Dailenz, Distr. Cossanay im Lemman, zeigt an, daß sein ganzes Vermögen im Besitz eines Zwangofens bestand, der ihm jährlich 800 Fr. eintrug. Da nun die Zwangsrechte aufgehoben wurden, so entstanden andere Ofen, welche jenem Bürger den wahren Werth seines Eigenthums raubten: dessen ungeachtet ward dieser Hausvater von seinen Gläubigern verfolgt, mußte ihnen sein Gut überlassen, und es fand sich ein Verlust von 4800 Fr. Das Distriktgericht bezeugt selbst, daß diese Vergeldstagnation nur Folge der Umstände, nicht aber aus Unordnung oder Betrug herrühre. Dessen ungeachtet wird dieser Schuldner auf die gleiche harte Art behandelt wie betrügerische Vergeldstagnanten, und diesem zufolge von dem Gemeindgütergenuß ausgeschlossen und seiner Gattin und Kindern ein fremder Vogt gegeben. Hierwider erhebt sich die Gattin dieses Bürgers, allein die Municipalität glaubte nicht ohne höhern Befehl etwas anders verfügen zu dürfen. Der Bittsteller begehrt also in den Genuß der Gemeindgüter und die Sorge für seine Kinder wieder eingesetzt zu werden. Die Commission glaubt, es wäre ein Gesetz nothwendig, welchem zufolge Vergeldstagnanten, die durch Unglücksfälle dazu gezwungen wurden, wieder in den Genuß der bürgerlichen Rechte eingesetzt werden könnten. An die Civilgesetzgebungs-Commission gewiesen.

4. Die Meisterschaften des Steinhauer-, Zimmer- und Maurerhandwerks vom ganzen Canton Argau zu Stadt und Land, unterstützt von allen ihren Ortsmunicipalitäten, zeigen die sowohl in Absicht auf sie als das Publikum und die Kunst selbst, nachtheiligen Folgen des Gewerbefreyheits-Dekrets vom 19. Okt. 1798 an, und bitten den G. R. um schleunige Hilfe. An die Polizeicommission gewiesen.

5. Die Ortsautoritäten der Stadt Büren, unter der Versicherung, daß ihr durch verschiedene Zufälle allzu eingengter Gottesacker nicht mehr zu Beerdigung ihrer Todten hinreiche, bitten zu dem Endzweck um die unentgeltliche Abtretung des ehemaligen Schloßgartens. An die Vollziehung zur Untersuchung und allfälligen Vorschlag gewiesen.

6. Die Gemeinde Wärleren, die sich gegen das Gesetz vom 15. Dec. 1800 aus Unwissenheit verstoßen und ihre gemeine Waldung unter sich vertheilt hat, bittet einerseits um Vergebung ihres unfreywilligen Fehlers und anderseits um die Sanktion der vorgegangenen Vertheilung. An die Finanzcommission gewiesen.

7. Zu Oberrißerschwyl Distr. Metmenstätten, sind

die Gemeindgüter in 24 Gerechtigkeiten abgetheilt und werden; außer ihrer allgemeinen Weidweidbarkeit, als Privateigenthum benutzt und quocunque modo veräußert. Die Besitzer von 11 1/4 Gerechtigkeiten verlangen die Vertheilung dieses Gemeindguts mit Ausnahme der Waldung; die Besitzer von 11 1/2 Gerechtigkeiten widersetzen sich hingegen jeder Vertheilung, und die Besitzer der 3 übrigen Gerechtigkeiten sind neutral. Die Gründe und Gegenstände sind in den beiliegenden Vorstellungen enthalten. An die Finanzcommission gewiesen.

(Die Fortsetzung folgt.)

Vollziehungs-Rath.

Schreiben des Regierungsrathhalters von Basel an den Vollz. Rath.

„Die Botschaft des Friedens war nach so viel schrecklichen Jahren Sonnenaufgang nach langer Gewitternacht. Sie verbreitete allgemeine Freude durch den Canton. Der Städter und der entferntere Bewohner des einsamen Gebürgswinkels riefen mit gleicher Rührung und einem dankbaren Blicke zum Himmel: „Nun ist es Friede! Unsere Leiden nahen dem Ende. Was zerstört war, richtet sich wieder auf; was zerrissen ist, knüpfe sich wieder!“

„Erlauben Sie, Bürger Vollz. Räte! daß ich hier Dollmetscher der frohen Empfindungen und zugleich der mit dem Friede lebhaft erwachenden Wünsche und Hoffnungen des Cantons Basel vor Ihnen seyn darf!“

„Die allgemeine Sehnsucht des Landes fodert jetzt eine baldige Erlösung aus dem provisorischen Zustande der Republik, die Einführung einer Staatsverfassung, welche den Wohlstand der Familien und die stitliche Veredlung des Volks gegen tumultuarische Demagogen und selbstsüchtige Cantons, Souveraine in kraftvollen Schutz nimmt.“

„Die große Mehrheit des Volks im Canton Basel will und erwartet nicht mehr die Herstellung des alten Eids- und Bundesgenossenwesens, unter was für einer Gestalt es auch erscheinen möge. Sie fürchtet selbst den allmählichen und unmerklichen Rückfall in die ehemalige Verfassung der Schweiz.“

„Zeuge von den Nachtheilen, Verwirrungen und Selbstentkräftungen einer Bundesverfassung, gereizt vom einmal gehaltenen Genuße der Freyheit und politischen

Rechtsgleichheit, — ein Genuß, welchen selbst alle Schreckensstunden der Revolution nicht verbittern konnten, — sieht die überlegene Mehrheit der Gemeinden nur in der Erklärung der Einheit und Ungertheiltheit der Schweiz die sichere Bürgschaft für die Rettung und Aufbewahrung der Freyheit, zum Besten der Nachkommenschaft.“

„Eine Constitution, welche sich wohlthätig an die Bedürfnisse der verschiedenen Gegenden und an die Armuth des Landes, und an die Simplicität des Volks anschmiegt; eine Constitution, welche die Umtriebe leidenschaftlicher Rottenmänner vernichtet, die nur mit dem Namen und dem Heile des Volks ihr Spiel treiben — eine solche ist's, die von den Bewohnern des Cantons Basel, aus den Händen unserer Gesetzgebung und Regierung einmüthig und mit Begierde erwartet wird.“

Mannigfaltigkeiten.

Beitrag zur Geschichte der Befreyung der Geiseln des helvetischen Vollz. Direktoriums, durch die Desfreicher; im Sommer 1799.

In dem vor einigen Wochen erschienenen zweyten Bändchen von Lavaters freymüthigen Briefen über das Deportationswesen findet sich (S. 348 — 367) eine Deportationsgeschichte von 14 Bürgern von Zürich nach Basel. Die Unwahrheiten die in diesem Aufsatze stehen, können auf keine Weise dem verewigten Lavater, dessen strenge Wahrheitsliebe auch in dem Werke, von dem hier die Rede, durchaus unverkennbar ist, zugerechnet werden. Dieser Aufsatz rührt nicht von ihm her: er scheint aus dem Angaben eines der Deportirten zusammengetragen zu seyn, und dieser fand vermuthlich für die unerwartet schlimmen Successes der Desfreicher in der Schweiz, einigen Trost darin, daß er wenigstens die Deportirten durch sie befreyen läßt. Wir fühlen, wie unbarmherzig es ist, einen glücklichen Irrthum zu zerstören; indeß, da man so gewaltig darauf loschreiet: es soll alles, was sich auf jene Maßregel bezieht, aus den Protocollen des damaligen Vollz. Direktoriums aktenmäßig ausgezogen werden; und da man mit so viel Edelmut, von den Verläumdern, Klägern und Richtern jener Deportirten, die in der gegenwärtigen provisorischen Regierung sich befinden sollen, in die Welt